

Das Echo

Autor(en): **Lienhard, Richard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **45 (1966)**

Heft 10

PDF erstellt am: **21.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-337830>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DR. RICHARD LIENHARD

Das Echo

Doch sollten der Aufsatz in der «Roten Revue» und andere gewichtige Anzeichen zunehmender Kritik für die Parteien ein Stimulans werden, ob der Beschäftigung mit einer Fülle aktueller Fragen und Aufgaben ihr Bild und Ansehen bei den politisch Interessierten und auch bei den weniger Interessierten nicht aus den Augen zu verlieren und Verzerrungen ihres «Image» entgegenzutreten. *Dr. K. Müller in der «NZZ»*

In Nummer 7/8 unserer Monatsschrift veröffentlichten wir Prof. Urs Jaeggis Referat «Auf der Suche nach einer linken Opposition». Wie nicht anders zu erwarten war, hat diese kritische und nonkonformistische Meinungsäußerung ein starkes Echo gefunden. Vor allem war es Nationalrat Prof. Max Weber, der mit einer – in der «Berner Tagwacht» publizierten – geharnischten Antwort seinem Kollegen Jaeggi entgegentrat. Wir hätten es natürlich geschätzt, wenn diese Antwort zunächst dort erschienen wäre, wo Jaeggis Referat in vollem Wortlaut abgedruckt wurde: nämlich in unserer Monatsschrift. Nachdem nun Max Webers Antwort in fast sämtlichen sozialdemokratischen Tageszeitungen veröffentlicht worden ist, können wir uns im Anschluß an unsere Vormerkung mit einer auszugsweisen Wiedergabe begnügen.

Man kann und darf Max Weber nicht gram sein, wenn er auf Jaeggis Artikel scharf reagiert hat, da letzterer sich in seinem Referat und mit seiner Kritik gegenüber der SP nicht eben zimperlich gezeigt hat. Der kritische Vorbehalt, den wir hier anbringen möchten, geht auch nicht in Richtung «Bern», sondern an die Adresse jener sozialdemokratischen Tageszeitungen, die mit der löblichen Ausnahme der «Basler Abendzeitung» die Antwort Max Webers abdruckten, ohne auch auf die positiven Aspekte von Jaeggis Ausführungen einzugehen. (Im übrigen ist nichts dagegen einzuwenden, wenn zum Beispiel das «Volksrecht» einen Artikel aus der «Tagwacht» zum Abdruck bringt. Im Gegenteil: als Abonnent der «Tagwacht» stelle ich immer wieder mit Bedauern fest, daß die profilierten Kommentare eines Max Weber und eines Kurt Schweizer selten die verdiente Verbreitung auch außerhalb des Kantons Bern finden.)

Mit der bloßen Wiedergabe von Max Webers Antwort wird man dem Referat Jaeggis jedenfalls nicht gerecht. Redaktor H. R. *Hilty* hat denn auch im «Volksrecht» mit Recht dem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß viele Leser nur die Entgegnung von Max Weber vorgesetzt erhielten, ohne das Referat von U. Jaeggi zu kennen. So plädierte dieser für eine «Sammlung der oppositionellen Kräfte im Rahmen der größten schweizerischen Linkspartei», das heißt in der SP. Nach seiner Auffassung läßt sich nur auf diese Weise «eine sinnlose Zersplitterung und damit Unwirksamkeit der linken Opposition vermeiden». Das ist unseres Erachtens ein durchaus positiver Aspekt. Kann man denn von einem außerhalb der Sozialdemokratie stehenden Nonkonformisten noch mehr verlangen als ein «Plädoyer für die Sozialdemokratische Partei»? Nicht übersehen sollte man auch Prof. Jaeggis überzeugende Kritik gegenüber den marxistischen orthodoxen Gruppen: «Im Moment, wo der Marxismus aufgehört hat, bloße Kritik zu sein, hat er den Unterdrückungsapparat übernommen, der vorher kritisiert wurde.» Dann zitiert Jaeggi Havemann: «Sozialismus mit weniger demokratischen Rechten und Freiheiten, als sie bereits der bürgerliche Staat verwirklicht hat, ist ein Zerrbild.» Es scheint uns, daß Jaeggi das ganze Dilemma der marxistischen orthodoxen Gruppen zutreffend herausgestellt hat. Um so eher hätte erwartet werden dürfen, daß auch diese Seite seiner Kritik in der Diskussion wenigstens gestreift worden wäre.

Gewiß stimmen wir Max Weber in zahlreichen Punkten seiner Antwort zu. Wir fragen uns aber, ob es nicht gerade geboten war, daß Jaeggi seine Kritik etwas zugespitzt, ja sogar provozierend vorgetragen hat. Um mit *Gorkij* zu sprechen, ist es Aufgabe, ja sogar Pflicht des Schriftstellers, zu provozieren. Auch ist die Übertreibung nicht nur in der Pädagogik, sondern auch im Journalismus ein durchaus legitimes Mittel, das dazu beiträgt, die trägen Herzen und Köpfe zu mobilisieren. So führt zum Beispiel Jaeggi aus: «Die Parteien entwickeln an der Spitze Oligarchien, kleine Führungsgremien, die sich selbstherrlich erneuern und sich nach unten abschließen.» Dies muß – auf schweizerische Verhältnisse übertragen – übertrieben erscheinen; aber läßt sich das Körnchen Wahrheit wegdiskutieren? Beurteilt der von Max Weber als Kronzeuge angerufene Professor *Jaspers* die schweizerischen Parteiverhältnisse nicht etwas zu euphemistisch, wenn er ausführt: «Es ist eine Demokratie von unten, aus dem Volk selber, die die Wirklichkeit der Parteien trägt, nicht zuerst von oben der bürokratische Parteiapparat.»? Diese Darstellung trifft glücklicherweise noch für die SPS zu. Es wäre uns aber ein leichtes, den Nachweis zu erbringen, daß auf dem Boden gewisser sozialdemokratischer Kantonalparteien wenigstens Ansätze – um nicht zu sagen alarmierende Anzeichen – der von Jaeggi angedeuteten Entwicklung vorhanden sind.

Ebensowenig zu beruhigen vermag uns Redaktor Dr. K. *Müller*, wenn er in der «NZZ» unter anderem ausführte:

«Entscheidend für die demokratische Struktur ist aber, daß zwischen diesen Gremien und der großen Masse der Mitglieder der Kontakt und das gegenseitige Gespräch erhalten bleibt, das einerseits eine politische Führung ermöglicht, anderseits aber ein selbstherrliches Eigenleben der Führungsgremien verhindert und daß nötigenfalls die souveränen Parteigremien eine Kursänderung oder eine Erneuerung der Spitze erzwingen können und auch erzwingen. Dies ist in den meisten Parteien, die wir kennen, durchaus der Fall.»

Würde Dr. K. Müllers Auffassung überall der Wirklichkeit entsprechen, so wäre niemand glücklicher als wir. Wir könnten es uns dann ersparen, uns um die innerparteiliche Demokratie zu bemühen. Das Problem der Entfremdung zwischen Apparat und Basis der Mitgliedschaft kann nicht ernst genug genommen werden. Wir haben es kürzlich unter dem Titel «Was geht uns der Fall Olah an?» («Rote Revue» Nr. 4, 1966) aufgezeigt. Die vielen Zeichen der Zustimmung aus dem Kreise der Leser haben uns bewiesen, wie sehr dieses Problem einer der Selbstkritik und Selbstbesinnung noch zugänglichen Mitgliedschaft auf den Nägeln brennt. Wie die Freisinnige Partei mit diesem Problem zu Rande kommt, lassen wir ihre Sorge sein. Auf dem Boden der Sozialdemokratischen Partei, deren Stärke in der Mitgliedschaft liegt, gilt es, den Anfängen zu wehren, auf daß nicht eines Tages dort, wo früher noch Ideen lebendig waren, nur noch die staubfrei betonierte Piste des Apparates bleibt.

In der Folge veröffentlichen wir nun einige Pressestimmen zu Prof. Jaeggis umstrittenem Referat. Sollte sich der eine oder andere Leser über diesen oder jenen Widerspruch, über diese oder jene irrtümliche Auffassung wundern oder gar ärgern, so möge er sich zum Trost einmal mehr an Goethe halten:

«Wo recht viele Widersprüche schwirren,
mag ich am liebsten wandern.
Niemand gönnt dem andern –
wie lustig – das Recht zu irren.»

Wesentlich scheint uns, daß sich der Leser bemüht, das «Körnchen Wahrheit» der verschiedenen Auffassungen zu erkennen. Wir werden – dies sei in diesem Zusammenhang vermerkt – inskünftig in vermehrtem Maße profilieren «gegnerischen» Auffassungen und damit dem «Echo» den nötigen Platz einräumen. Diese «Öffnung nach außen» dient dazu, die uns umgebende Wirklichkeit zu verstehen, um sie zu bewältigen. Diese «Öffnung nach außen» kann uns freilich nicht genügen. Dazu kommen muß die «Öffnung nach innen»: das heißt die stete Besinnung auf die Ideen und Grundsätze des demokratischen Sozialismus. Die einem bloßen Praktizismus dienenden Politiker scheinen zu übersehen, daß zwischen Idee und Tat ein unlösbarer Zusammenhang besteht.

Herr Jaeggi wirft den Parteien vor:

«Die Programme verschwinden oder sie gleichen einander so sehr, daß keine Alternativlösungen mehr geboten werden.»

«Auf Grund der programmatischen Erklärungen fällt es heute einem Durchschnittswähler deshalb schwer, beispielsweise zwischen sozialistischen und liberalen Alternativen zu wählen. Er kann dies meist nur noch auf Grund traditioneller Erwägungen tun: weil er dieses oder jenes historische Parteileitbild bevorzugt.»

Daß die Programme sich angeglichen haben, ist richtig. Das rührt daher, daß die sozialistischen Forderungen mehr und mehr übernommen wurden, freilich in sehr allgemeiner Form, die im konkreten Fall ein Ausweichen ermöglicht. Aber es kommt weniger auf das Programm an als auf die Stellungnahme zu konkreten Fragen. Da gab es und gibt es Alternativen in genügender Zahl.

Nehmen wir das aktuelle Thema: das *Bodenrecht*. Durch sozialdemokratische Motionen (Freimüller und Spühler) wurden Maßnahmen gegen die Bodenspekulation verlangt. Als das nichts fruchtete, wurde der Initiativweg beschritten. Die Alternative für die Räte und nachher für die Bürger lautet: Wirksame Maßnahmen gegen die Preissteigerung des Bodens oder Verzögerung und Verwässerung? Herr Jaeggi brauchte nur das Verzeichnis der eidgenössischen Abstimmungen zur Hand zu nehmen, um dort die wichtigsten positiven Vorstöße der letzten Jahre zu finden, die von den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften unternommen wurden: *Mieterschutz, Arbeitszeit, Gesetzesinitiative, Atomwaffenverbot*.

Auch an Opposition gegen Vorschläge der Regierung oder der andern Parteien fehlte es nicht. Eine Getreideordnung, die das Brot verteuert hätte, wurde abgelehnt. Finanzpolitische Alternativen gab es eine ganze Reihe. Wir haben die Entlastung der großen Einkommen und Vermögen sowie der Aktiengesellschaften bei der Wehrsteuer bekämpft, und wir wehrten uns gegen die Aufhebung der Couponsteuer, weil wir voraussahen, daß der Bund in eine schwere finanzielle Bedrängnis kommen werde, die jetzt zahlenmäßig erwiesen ist. Wir haben uns für eine schärfere Kontrolle der Kartelle eingesetzt. Wir könnten diese Aufzählung noch verlängern.

Was tat Herr Jaeggi gegenüber diesen Alternativen? Hat er sie überhaupt zur Kenntnis genommen? Vielleicht sagt er, er verstehe diese Probleme nicht, sie gehören nicht zu seinem Fachgebiet; dann hätte er besser geschwiegen. Oder wünscht er radikalere Alternativen? Dann soll er sagen, was er sich darunter vorstellt.

Kantonsrat Rolf Widmer im «Volksrecht»

Dr. U. Jaeggi, Professor für Soziologie an der Universität Bern, nimmt in einer Arbeit *«Auf der Suche nach einer linken Opposition»* eine Analyse des oppositionslosen Mehrparteiensystems vor, die mehr als eine gelehrte Abhandlung ist. Der Verfasser scheut auch nicht davor zurück, aufbauende Kritik an der Politik der SP zu üben, indem er von dieser verlangt, daß sie die Rolle der Opposition im Rahmen der größten schweizerischen Linkspartei neu zu überdenken habe: «Die Sozialdemokratische Partei hat seit längerer Zeit sorgfältig jedes Risiko ausgeschaltet und sich so in den Apparat und in die bestehende Gesellschaftsordnung integriert, daß sie ihre Rolle als Fortschrittspartei erst wieder finden muß.» Auch wenn man, wie der Rezensent, mit den Schlußfolgerungen des Autors nicht überall einiggehen kann, so ist die Untersuchung doch sehr lehrreich und lesenswert. Zu bemerken ist, daß Prof. Jaeggi nicht Mitglied der SP ist, sondern nur Gastrecht in der «Roten Revue» gefunden hat. Übrigens hat er auch die Vietnamerklärung unterschrieben, was die Redaktion veranlaßt hat, dem Schriftsteller L. Marcuse das Wort zu erteilen zu einer längeren Erklärung *«Warum ich die Vietnamerklärung nicht unterschrieb»*. Damit kommt auch die andere Seite zum Zug.

Redaktor Dr. K. Müller in der «NZZ»

Obwohl Prof. Jaeggi für die Schweiz wegen ihres Föderalismus mildernde Umstände gelten läßt, ist sein Bild unseres Parteiwesens doch ein Zerrbild, mehr eine Kletterübung mit soziologischen Begriffen als ein Abbild der komplexen und nuancenreichen Wirklichkeit. Woher weiß denn Prof. Jaeggi überhaupt, daß die Parteien einen Mitgliederschwund verzeichnen? Von der zürcherischen Sozialdemokratie auf «die Parteien» zu schließen, wäre jedenfalls oberflächlich und falsch. Es ist zwar richtig, daß sich die *Parteiprogramme* in den letzten Jahrzehnten angeglichen haben und daß moderne Techniken auch für die politische Werbung herangezogen werden; aber weder sind dadurch die ideellen Unterschiede noch ist der geistige und sachliche Gehalt aus der Propaganda verschwunden. Viele Sachfragen, die sich mit der Bevölkerungsvermehrung und der Hebung des zivilisatorischen Standards stellen, lassen sich oft nicht, ohne daß ihnen Gewalt angetan wird, auf einen parteipolitischen Nenner bringen. Es gibt weder ein freisinniges System für den Bau von Kläranlagen noch ein konservatives, und auch die Normen für den Trottoirbau sind weder bäuerlich noch christlichsozial. Solche Sachprobleme zu parteipolitischen Streitgegenständen aufzuspielen, käme einem Schattenboxen gleich, das von den Stimmberechtigten zu Recht nicht goutiert würde. Daneben aber besteht eine Reihe gewichtiger Fragen weiter, in denen die *unterschiedlichen parteipolitischen Leitbilder* der Wirtschafts- und Staatsordnung recht deutlich zum Ausdruck kommen, wie etwa im Bodenrecht, im Schulrecht oder auch auf dem Gebiete des Steuerrechts, aber auch gelegentlich in Militärfragen.

Vor allem aber deckt sich das verallgemeinerte Bild *oligarchisch strukturierter Parteien*, das der der Sozialdemokratie nahestehende Prof. Jaeggi entwirft, nicht mit der Wirklichkeit. Wie in jedem Verein und in jedem Verband, muß es zwar auch in den Parteien kleine Gremien geben, die die laufenden Geschäfte besorgen und die Beschlüsse der Delegiertenversammlungen oder Parteitage vorbereiten. Entscheidend für die demokratische Struktur ist aber, daß zwischen diesen Gremien und der großen Masse der Mitglieder der Kontakt und das gegenseitige Gespräch erhalten bleibt, das einerseits eine politische Führung ermöglicht, andererseits aber ein selbstherrliches Eigenleben der Führungsgremien verhindert, und daß nötigenfalls die souveränen Parteigremien eine Kursänderung oder eine Erneuerung der Spitze erzwingen können und auch erzwingen. Dies ist in den meisten Parteien, die wir kennen, durchaus der Fall. Das Bild der Parteien, das Prof. Jaeggi mit leichtfertiger Hand zeichnet, erweist sich bei näherem Zusehen als eine Übersteigerung und Generalisierung im Einzelfall vielleicht gerechtfertigter Kritik, als eine Ansammlung von *Halbwahrheiten und Unrichtigkeiten*, die wenig von jener Sorgfalt spüren läßt, die man von einem Soziologen bei der Erfassung der Wirklichkeit erwarten dürfte.

«*Badener Tagblatt*»

Damit hat sich freilich das Gesicht der Partei wesentlich gewandelt. Und das eben hat Prof. Jaeggi in seinem sehr interessanten Artikel registriert. Sein Kollege Weber aber will das offenbar nicht wahrhaben. Er zählt, im Gegenbeweis, eine ganze Reihe von eidgenössischen Vorlagen auf, die von seiner Partei bekämpft wurden. Er zählt parlamentarische Vorstöße auf, mit denen sich die Partei in Gegensatz stellte zum Bundesrat.

Das aber ist, nach Meinung von Prof. Jaeggi, der «Weg der kleinen Schritte, der sich als Holzweg erweist, wenn das Ziel verlorengelht». Um das programmatische *Ziel* aber geht es ja eben. Das ist der Punkt, an dem Prof. Weber vorbeisieht. Es kommt nicht darauf an, daß die SPS hin und wieder sich im Gegensatz befindet zu der Politik des Bundesrates. Das passiert auch andern Parteien. Es geht schlicht und einfach um die politischen und wirtschaftspolitischen Grundsätze, die die SPS verfolgen will. Die Beispiele, die Prof. Weber nennt, offenbaren ja nur den *pragmatischen Charakter* der sozialdemokratischen Politik. Den kann man mit dem besten Willen nicht wegdiskutieren.

.....

Mit Professor Dr. Urs *Jaeggi*, der den Zorn seines Kollegen und alt Bundesrat Weber auf sich zog, verliert die Universität Bern und mit ihr die deutsche Schweiz erneut einen ihrer fähigsten Soziologen an das Ausland. Es ist jetzt ein Jahr her, seit der im In- Ausland bekannte Soziologieprofessor *Behrendt*, Gründer und Leiter des einzigen soziologischen Instituts der deut-

schen Schweiz, seine Berner Dienste quittierte und an die Freie Universität Berlin wechselte, wo man seinem Fach mehr Verständnis entgegenbringt als in der Bundesstadt. Ein Nachfolger konnte nach langem Suchen schließlich in den Vereinigten Staaten gefunden werden, doch hat er seinen Berner Lehrstuhl – aus mir unbekanntem Gründen – nie bezogen und wurde erst letzte Woche vom Bundesrat mit einer Mission in einem Entwicklungsland betraut.

Prof. Jaeggi, der sich nicht nur in seinem Fache, sondern auch als Schriftsteller auszeichnete, übernahm dann interimistisch die Leitung des Soziologischen Instituts der Universität Bern. Und er machte sich seine Aufgabe nicht leicht: mit einer wissenschaftlichen Untersuchung über die Stellung der Schweizer Presse zum *Vietnamkrieg* wagte er sich an ein Tabu, das ihm in Rechtskreisen und innerhalb seiner Universität bald Feinde bringen sollte. Es gibt eben – wenigstens hierzulande – auch in der scheinbar neutralen wissenschaftlichen Forschung Themen, die anzugreifen in gediegenen Professorenkreisen verpönt ist.

Ich weiß nicht, ob alle diese Feindschaften, die sich Prof. Jaeggi zuzog, weil er sich als Forscher zur «Suche nach der Wahrheit» (Jaspers) verpflichtet fühlte, seinen Wegzug von Bern veranlaßten; aber ich kann mir vorstellen, daß sie diesen Schritt zumindest beschleunigt haben.

Die deutsche Schweiz besitzt nun keinen einzigen Soziologen von Namen mehr, und der Kreis junger, mutiger Wissenschaftler ist wieder um einen Kopf kleiner geworden. Das ist mehr als bedauerlich. Es ist ein Symptom für den Geist, der unsere Hochschulen beherrscht.

Redaktor H. R. Hilty im «Volksrecht»

Dieser Aufsatz ist ein schlichter und wohldurchdachter Beitrag zu einer progressiven Politologie. Er mündet in ein «Plädoyer für eine Regeneration der Sozialdemokratie».

.....

Daß der Aufsatz mehrfach nachgedruckt wurde, beweist, daß Jaeggis Gedankengänge heute aktuell sind. Daß es aber dreier Organe bedurfte, damit er an die besonders interessierten Leser herankam, deutet doch an, daß es das eindeutig zuständige Forum für diese Art publizistischer Arbeit nicht gibt. Und das zeigte sich noch deutlicher beim Echo. Eine Entgegnung schrieb Prof. Max Weber; sie erschien in der «Berner Tagwacht» und wurde vom «Volksrecht» und andern sozialdemokratischen Tageszeitungen nachgedruckt. So bekamen viele Leser nur die Entgegnung vorgesetzt, ohne den Aufsatz von Urs Jaeggi zu kennen. Das ist aber einem Abwägen von Argumenten und Gegenargumenten nicht förderlich.